

Schweiz

Baustellen unserer Stromversorgung

Monstervorlage des Bundesrates Die Schweiz soll bis 2050 klimaneutral werden und erneuerbaren Strom produzieren. Eine Herkulesaufgabe. Das sind die zentralen Punkte der Energiewende.

Stefan Häne und Martin Läubli

Der Bundesrat will die Energiewende vorantreiben. Er setze damit den Weg fort, den das Schweizer Stimmvolk 2017 mit seiner Zustimmung zur Energiestrategie 2050 vorgezeichnet habe, sagte Umweltministerin Simonetta Sommaruga gestern vor den Medien. Das Massnahmenpaket, das der Bundesrat verabschiedet hat, ist umfangreich. Wir zeigen die wichtigsten Baustellen.

1 Ausbau erneuerbare Energie Solar- und Windenergie sollen bis 2035 neben der Wasserkraft 17 Terawattstunden Strom liefern. Bis zum Jahr 2050 sollen es dann 39 Terawattstunden sein. Heute produzieren die neuen Erneuerbaren nur etwa 3 Terawattstunden, wobei der Löwenanteil von der Sonne stammt. Für die Schweizerische Energiestiftung geht das zu wenig weit. «Um die wegfallenden Atomkraftwerke zu ersetzen und den zusätzlichen Strombedarf durch die Elektrifizierung der Energieversorgung sicherzustellen, wären rund 35 bis 45 TWh bis 2035 notwendig», schreibt die SES in ihrem diese Woche publizierten Bericht.

Das Bundesamt für Energie rechnet in seinen Energieperspektiven 2050+ anders: Es setzt stärker auf Importstrom. Für Gianni Operto, Präsident von AEE Suisse, der Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, ist das ein gewagtes Szenario. Niemand weiss, wie viel ausländische Energie für die Schweiz ohne Stromabkommen verfügbar ist.

2 Anreize für Stromprojekte

Der Bundesrat will die Erneuerbaren in Zukunft ausschliesslich mit Investitionsbeiträgen fördern. Die bisherigen Förderinstrumente für die erneuerbare Stromproduktion werden neu bis 2035 verlängert. Fotovoltaikanlagen sollen über wettbewerbliche Ausschreibungen gefördert werden, bei denen die günstigste Stromproduktion den Förderzuschlag bekommt. Eine Vergütung für die Einspeisung von So-

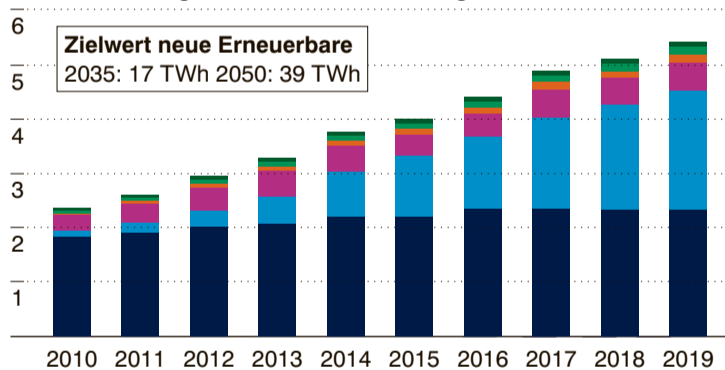


Simonetta Sommaruga eröffnet im Februar 2021 ein solarthermisches Kraftwerk bei Genf. Foto: Laurent Guiraud

Entwicklung neue erneuerbare Energie in der Schweiz

Stromproduktion in Terrawattstunden (TWh)

■ Kehrichtverbrennungsanlagen ■ Photovoltaik ■ Holzenergie
■ Wind ■ Biogas Landwirtschaft ■ Biogas Gewerbe



Grafik: vif / Quelle: Bundesamt für Energie

Zielwert neue Erneuerbare
2035: 17 TWh 2050: 39 TWh

lar- Wind- oder Biogasstrom ins Netz wird es ab 2022 allerdings nicht mehr geben. Damit es keine Förderlücke gibt, bis die Reform des Stromversorgungs- und Energiegesetzes in Kraft ist, hat der Nationalrat diese Woche gegen den Willen des Bundesrates eine parlamentarische Initiative angenommen, die ab 2023 einheitlich bis 2030 neue Projekte für erneuerbare Energie fördern soll. Die Vorlage kommt nun in den Ständerat.

Anreize allein durch Investitionsbeiträge, wie das der Bundesrat vorsieht, hält Solarsuisse-Geschäftsführer David Stickerberger für nicht optimal. «Zahlungen pro produzierte Kilowattstunde Strom wären für die meisten In-

vestoren die bessere Lösung, am besten in Abhängigkeit vom Marktpreis». Ein Grund: Die Marktpreise werden in Zukunft über längere Zeit nahe bei null sein. Eine Allianz der Schweizer Energiewirtschaft verlangt deshalb, auf gleitende Marktprämien zu setzen. Dabei sollen Betreiber von Grossanlagen pro produzierte Kilowattstunde Strom eine minimale Prämie erhalten, falls der Marktpreis die Produktionskosten nicht deckt.

3 Reserven für Winterstrom

Der Bundesrat sieht nun in seinem Massnahmenpaket zusätzlich zum angestrebten Zubau der erneuerbaren Stromproduktion eine Reserve von 2 TWh vor, die im Winter sicher abrufbar sein muss. Im Visier sind prioritär grosse Speicherkraftwerke, die für ihre Reserve einen «Winterzuschlag» erhalten sollen. Zudem will der Bundesrat eine strategische Energiereserve etablieren, damit Ende Winter, wenn die Wasserkapazität der Stauseen normalerweise tief ist, genügend Energie verfügbar ist.

4 Strommarkt für alle öffnen

Nach den Grossverbrauchern sollen neu auch Haushalte und kleinere Betriebe ihren Stromlieferanten frei wählen dürfen. Wer will, kann weiterhin in der Grundversorgung bleiben und dort standardmässig Schweizer Strom aus erneuerbaren Energien erhalten. Diese Auflage ist Teil des Bundesrätlichen Versuchs, die Liberalisierung auch der Linken schmackhaft zu machen. Dort wird befürchtet, dass die Öffnung einen Preisdruck bewirken und sich billiger Importstrom aus fossilen Quellen durchsetzen werde.

5 Option Gaskraftwerke

Der Bundesrat will die Wasserkraft bis 2040 um 2 Terawattstunden ausbauen. Sollte sich spätestens 2030 abzeichnen, dass dieses Ziel verfehlt wird, sollen Alternativen geprüft werden – technologieoffen. Als Option nennt der Bundesrat ausdrücklich Gaskombikraftwerke – vor- ausgesetzt, sie werden klimaneutral betrieben.

Kommentar

Scheitern verboten!

Simonetta Sommaruga ist seit ihrer bösen Niederlage bei der CO₂-Abstimmung in der Defensive. Umso wichtiger wird nun die Vorlage, mit der die Umweltministerin die Energiewende vorantreiben will. Zum einen ist es aus klimapolitischer Sicht jetzt wichtiger denn je, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien endlich den nötigen Schub erhält. Zum anderen wird dieses Geschäft mitentschieden, ob sich die Schweiz künftig sicher mit Strom versorgen kann.

Die Ausgangslage ist potenziell heikel. Mittelfristig muss die Schweiz den wegfallenden Strom aus der Kernkraft ersetzen und darüber hinaus wegen der forcierten Elektrifizierung des Verkehrs weitere Stromquellen erschliessen. Erschwerend hinzu kommt, dass es nach dem Aus für das Rahmenabkommen kein Stromabkommen mit der EU geben wird.

Umso unverständlicher ist, dass Sommaruga und mit ihr der Gesamtbundesrat ein unnötiges Risiko eingehen. Die Vorlage bietet viel Angriffsfläche. Das Parlament muss die Vorlage daher splitten. Die Erfahrung mit dem – ebenfalls reich befrachteten – CO₂-Gesetz ist Fingerzeig genug.

Dass der Deal – die Erneuerbaren für die Linken, die Strommarktöffnung für die Rechten – aufgeht, ist beileibe nicht sicher. Im Gegenteil: Bleibt die Vorlage so bestehen, wächst die Gefahr, dass sich der Widerstand einzelner Akteure zu einer breiten Front auswächst. In einer allfälligen Referendumsabstimmung könnte sich so das Desaster vom letzten Sonntag wiederholen.

Damit ist auch gesagt: Dieses Geschäft wird über Sommarugas Erbe mitentschieden. Sollte ausgerechnet eine SP-Magistratin einen klimapolitischen Scherbenhaufen hinterlassen – es wäre die bittere Pointe einer vertrackten Geschichte.



Stefan Häne

«Was nützt die Milliarde, wenn das Personal aussteigt?»

Pflegeinitiative Yvonne Ribí hofft als Mitinitiantin trotz Gegenvorschlag auf die Unterstützung der Bevölkerung.

Eine Milliarde Franken wollen Bund und Kantone während acht Jahren aufwerfen, damit in der Schweiz mehr diplomiertes Pflegepersonal ausgebildet wird. Zudem können Pflegefachleute künftig gewisse Leistungen direkt mit den Krankenkassen abrechnen. Dieses Angebot des Parlaments in Form eines indirekten Gegenvorschlags genügt den Urheberinnen und Urhebern der Pflegeinitiative allerdings nicht. Sie gehen mit ihrer Initiative vors Volk, weil das Parlament wenig zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen gemacht habe.

So lehnten National- und Ständerat Vorgaben zum Anteil der Pflegefachpersonen in den Heimen und Spitälern ab. Ebenso weigerten sich die Räte, Vor-

schriften zu den Arbeitsbedingungen zu machen. Der Druck, mit der Initiative in die Volksabstimmung zu gehen, kam vom Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK). Die Basis sei mit grosser Mehrheit für ein Festhalten an der Initiative, sagt SBK-Geschäftsführerin Yvonne Ribí.

Das Geld für die Ausbildungs-offensive sei erst nachhaltig eingesetzt, wenn auch die Arbeitsbedingungen verbessert würden. «Was nützt die Milliarde, wenn das Personal nach der Ausbildung aussteigt?» Über 40 Prozent der Pflegenden kehrten dem Beruf irgendwann den Rücken, aus emotionaler Erschöpfung, weil die Arbeitsbelastung zu gross und der Lohn zu gering sei.

Etwa 15 Prozent verliessen den Pflegeberuf bereits vor dem 35. Altersjahr.

Die Initiative hat gute Chancen vor dem Volk. Das sehen nicht nur die Initiantinnen so, das sagt auch Ruth Humbel, Präsidentin der nationalrätlichen Gesundheitskommission. Dennoch gingen diese mit der Abstimmung ein Risiko ein, sagt Humbel. Denn bei einer Annahme des Volksbegehrens beginnen die Beratungen im Parlament von neuem. «Dann ist der Gegenvorschlag vom Tisch, und die Initianten haben weitere vier bis fünf Jahre nichts», warnt Humbel. Lehnt das Volk die Initiative ab, so tritt der Gegenvorschlag dennoch in Kraft.

Bei einem Ja von Volk und Ständen muss der Bundesrat



SBK-Geschäftsführerin Yvonne Ribí gibt nicht auf. Foto: Raphael Moser

einen Vorschlag zur Umsetzung der Initiative machen. Danach ist das Parlament an der Reihe, dies vermutlich erst nach den nächsten Wahlen von 2023. «Ob das nächste Parlament nochmals eine Milliarde für eine Ausbildungs-offensive lockermacht, steht in den Sternen», sagt Mitte-Politikerin Humbel. Sie zeigt

zwar Verständnis für die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen. Aber ob gewerkschaftliche Anliegen wie etwa Gesamtarbeitsverträge im Parlament mehrheitsfähig seien, das sei fraglich.

Die Initianten zeigen sich hingegen überzeugt, dass sie mit dem Volk im Rücken mehr erreichen. Das beste Zeichen der Wertschätzung seien bessere Arbeitsbedingungen, und dazu gehörten die Löhne. Diese seien im Vergleich zur Verantwortung und Belastung zu tief. Am meisten gedient sei den Pflegenden, wenn die Spitäler und Heime mehr Personal einstellten und die Arbeitslast geringer werde.

Markus Brotschi

ANZEIGE

Wir +
Bauernfamilien
danken für das
Vertrauen!

Merci!

JUN 13